Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 581. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage konnte zu bestimmter Stelle nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückg. unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 143. Sonnabend, den 21. Juni 1924. 77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Aue. Stromunterbrechung. Kommenden Sonntag, den 22. Juni 1924 wird von früh 6 Uhr bis voraussichtlich mittag 2 Uhr die Stromzuführung eingestellt.
Aue, den 20. Juni 1924.
Direktion der städt. Gas- und Elektrizitäts-Versorgung.

Jahrmarkt (nur Krammarkt)
am 30. Juni und 1. Juli 1924 in Eibenstock.

„Erfolge".

Die „Erfolge" der sich im sozialistischen Schlepptau befindlichen Marx-Regierung nehmen beängstigende Dimensionen an. Kaum sind ihre angeblichen Gesinnungsgenossen im lieben Frankreich am Ruder (die Friedensfreunde und Fresser alles Reaktionären), da bricht das Glück über uns herein. Erstens macht der Ministerpräsident Herriot dem deutschen Botschafter einen Besuch! Die Marx-Presse verkündet es mit Stolz: es ist dies das erste Mal seit Kriegsende, daß einem Vertreter des deutschen Reiches in Paris solche Ehre widerfährt. Nun wird es nicht mehr lange dauern, daß Marx und Herriot sich in den Armen liegen.

Dann die „Begnadigungen" der deutschen Gefangenen (das Wort in diesem Zusammenhange erregt Ekel, die Marx-Presse gebraucht es aber mit Vorliebe). Also wir lesen in einem deutschen sozialistischem Blatte:

> Am 16. Juni hat das „andere Frankreich" offiziell die Regierungsgeschäfte des französischen Volkes übernommen. Kaum 24 Stunden später waren die Gefängnisbehörden beauftragt, 85 Prozent der deutschen Gefangenen auf freien Fuß zu setzen, so daß bereits am Mittwoch abend ein Teil der vorgestern noch in den Gefängnissen schmachtenden Staatsbürger des Reiches die Grenze überschreiten konnte. Solange Millerand und Poincare die Macht besaßen, waren alle Bittgesuche der inhaftierten Angehörigen und alle amtlichen Schritte zur Gewährung einer Amnestie ergebnislos. Schon aus diesem Gegensatz ergibt sich die mehr als wesentliche Verschiedenartigkeit des französischen Regierungskurses unter Poincare und Herriot, dort Machtpolitik, hier der Wille, eine Politik der Verständigung und des Friedens zu treiben.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Freilassung der Gefangenen auf einer Verordnung beruht, die noch von Poincare unterzeichnet ist. Es handelt sich lediglich um einen Theatercoup, indem man ihre Ausführung an den Anfang der Herriot-Regierung stellte. Es macht sich gut, wenn die Welt mit einem Akte der „Gnade" überrascht wird. Gnade? Die freigelassenen Deutschen sind zu Unrecht von unzuständigen Gerichten verurteilt worden, ihre Freilassung ist etwas selbstverständliches und nur der Anfang der Wiedergutmachung von Justizverbrechen. Wie das Gefühl für Ehre bei uns dahingeschwunden ist, beweisen solche Zeitungsnotizen wie die eben wiedergegebene, die ob der Freilassung viel Rühmens um die neue französische Regierung macht.

Ein weiterer Erfolg: Hr. Breitscheid ist von dem französischen Ministerpräsidenten empfangen worden! Der genannte Genosse hat sich schon oft als unbeglaubigter Gesandter in Paris herumgetrieben, wir nehmen an mit Billigung der Marx-Regierung. Er hat sich, so heißt es in der sozialistischen Presse, fortgesetzt um das Wohl unseres Landes in Paris bemüht. Nun gibt es undankbare Leute, die nicht so recht an diesen Schmus vom „Wohle unseres Landes" glauben. Es sind schon Stimmen laut geworden, daß wir dem Genossen Breitscheid die Ernennung Nollets zum französischen Kriegsminister zu verdanken haben. Jedenfalls steht fest, daß der ehrenwerte Abgeordnete keineswegs im nationalen Sinne, wie wir ihn auffassen, in Paris gewirkt hat. Und es hat wohl seine Berechtigung, wenn die Fanfarenklänge gegen die deutsche Reaktion, die jetzt aus Paris herübertönen, in ursächlichem Zusammenhang mit dem Wirken des Genossen Breitscheid gebracht werden. Nachdem die große Mehrheit der deutschen Wähler das Bekenntnis zum Nationalismus abgelegt hat, versuchen internationale deutsche Sozialdemokratie und Demokratie auf kaltem Wege ihre Schlappe auszuwetzen. Daß sie sich dabei ausgerechnet französischer Hilfe bedienen, ist wieder ein Beweis dafür, wie tief die politische Moral bei uns gesunken ist.

Nun sind wir neugierig, ob man die Wahl de Selves zum Präsidenten des französischen Senats auch zu einem „Erfolge" umbiegen wird. Er ist der Kandidat des nationalen Blocks. Auch wenn Herriot der inbrünstigste Friedens- und Deutschenfreund wäre (daß er es nicht ist, beweisen die Berufung Nollets zum Kriegsminister und die albernen Reden gegen die deutsche „Reaktion"), was wollte er gutes wirken, wo doch sowohl der Staatspräsident als der Präsident des Senats Gegner des Blocks der Linken sind? „Erfolge" solcher Art scheinen uns nicht die Gewähr dafür zu geben, daß das „andere" Frankreich wirklich auf dem Marsche ist.

Paris, 19. Juni. Der ehemalige Minister des Innern, Selves, wurde an Stelle Doumergues zum Kammerpräsidenten gewählt.

• • •

Paris, 19. Juni. Entgegen Meldungen einiger Blätter teilt Havas mit, daß Dr. Breitscheid noch gestern abend von Herriot empfangen worden ist.

• • •

Paris, 19. Juni. Der französische Botschafter in Berlin de Margerie reiste zur Fühlungnahme mit der französischen Regierung nach Paris ab. Er soll als Nachfolger für den französischen Botschafter in Rom Barrere in Frage kommen. Zum Nachfolger des zum Kriegsminister ernannten Generals Nollet von der Interalliierten Militärkommission wird General Dupont ernannt werden.

• • •

Berlin, 19. Juni. Das Pariser „Journal" bringt eine Nachricht, nach der die französische Regierung seit einiger Zeit sowohl aus dem besetzten Gebiet wie aus dem unbesetzten Deutschland Informationen erhalten habe, die von militärischen Plänen gegen die französische Besatzung im Ruhrgebiet wissen wollen. Demgegenüber wird von maßgebender amtlicher Stelle festgestellt, daß diese Meldung des „Journal" entweder völlig aus der Luft gegriffen ist — d. h. die französische Regierung derartige Berichte nie erhalten hat — oder aber die französischen Nachrichtenstellen irgendwelchen Schwindlern zum Opfer gefallen sind, die aus gewinnsüchtiger Absicht solche „Informationen" erfunden haben.

• • •

Herriots Jungfernrede.

Paris, 19. Juni. Die Kammer setzte die nach der Verlesung der Regierungserklärung eingeleitete Debatte fort. Abg. Paul Faure (Soz.) verlas im Namen seiner Partei eine Erklärung, in der es u. a. heißt, das französische Volk habe am 11. Mai einer Politik des nationalen Egoismus, die Mißtrauen und Haß geschafft habe, ein Ende bereitet, um an ihre Stelle eine Politik zu setzen, die aufgebaut sei auf dem Gedanken internationaler Solidarität. Die sozialistische Partei glaube als Beauftragte der Arbeitermassen zu handeln, wenn sie der gegenwärtigen Regierung, die entschlossen sei, das Werk der Reparationen durchzuführen, Vertrauen schenke. Die sozialistische Partei habe volle Freiheit gegenüber der Regierung, wie die Regierung selbst gegenüber der Partei frei sei. Als dann Herriot über Fragen der äußeren Politik sprach, unterbrach ihn die Rechte häufig, was Gegenkundgebungen der Linken hervorrief. Als Abg. General de St. Just (demokr.-republ. Union) eine Bemerkung machte, rief Simon Reynauld (Soz.): Die Mordgenerale sollen schweigen! Es entstand ein ungeheurer Tumult; die Diener mußten eingreifen, um Handgreiflichkeiten zu verhindern. Als Reynauld erklärte, er habe von dem sprechen sollen, was sich wärend des Krieges ereignet habe, drangen viele Abgeordnete der Rechten auf die Ministerbank ein und schrien: „Nollet! Nollet!" In diesem Augenblick hob der Präsident die Sitzung auf. Damit war der Tumult jedoch noch nicht beendet; erst als Reynauld sich entschuldigte, kehrte allmählich die Ruhe wieder, so daß Herriot seine Rede fortsetzen konnte. Bei Ausführungen Herriots über den Ertrag der Ruhroperation unterbrach ihn Abg. Reibel, früher Minister für die befreiten Gebiete, unter großem Lärm und erklärte, Herriot vertrete heute denselben gefährlichen Standpunkt, den Briand gestern vertreten habe, daß nämlich Frankreich, zum mindesten aber seine Regierungen, nicht das Nötige getan hätten, um die Sachlieferungen zu erhalten, auf die sie Anspruch hätten. Wenn Herriot diese These aufrecht erhalte, dann führe das dazu, daß er Deutschland entschuldige. Diese Worte lösten einen ungeheuren Tumult auf der Linken aus. Die Abgeordneten der Linken veranstalteten ein Konzert mit den Pultdeckeln. Herriot konnte sich nur mit Mühe Gehör verschaffen. Er forderte seine Freunde auf, Reibel anzuhören; dieser aber setzte sich und fuhr mit seiner Rede nicht fort. Zu Reibel gewandt, sagte Herriot: Sie haben gesagt, die Regierung habe i. J. 1921/22 für 500 Millionen Goldmark Lieferungen erhalten. Sie kennen offenbar die Antwort nicht, die die Regierung dem Marquis de Lubersac offiziell erteilt hat, der fragte, wie viel sie von den ihr zustehenden 950 Millionen Goldmark erhalten habe. Nun, im ganzen 179 Millionen, und das war nur für Kohlen und Koks, weil gewisse französische Industrielle nur Kohlen und Koks wollten, um ihre Fabriken im Gange zu erhalten, aber sich der Einfuhr anderer Waren widersetzten, weil sie dadurch ihre Interessen geschädigt glaubten. Sie haben also auf diese Weise rund 750 Millionen Goldmark Reparationszahlungen aufgegeben. Ich kenne meine Akten. Abg. Le Troquer hat erklärt, daß Deutschland in seinem eigenen Lande öffentliche Arbeiten durchführe. Aber gerade hierin liegt Ihre Schuld. Wenn Sie mehr Eisen und Stahl nach Frankreich hereingelassen hätten, hätte Deutschland keine Schiffe und keine großen Schleußen bauen können. Der Sachverständigenbericht steht gar nicht mehr zur Debatte; denn die Reparationskommission hat ihn angenommen. Der frühere Kriegsminister Maginot unterbrach und verlangte, daß die Besetzung des Ruhrgebiets aufrecht erhalten werde. Herriot erwiderte, wenn man sich an die Durchführung der im Sachverständigenbericht enthaltenen Verpflichtungen über die Durchführungsgarantien hielte, würde die Besetzung 37 Jahre dauern. Das friedliche Frankreich könne die Frage der Zahlungen und der Sicherheit lösen. Frankreich hoffe, daß die deutsche Demokratie begreife, daß sie wie Frankreich an der Lösung dieser Frage interessiert sei. Frankreich wolle nicht nur bezahlt sein; es wolle auch nicht mehr angegriffen werden. Er sei sicher, daß er an der Spitze der englischen Regierung den liberalsten, intelligentesten und sichersten Freund finden werde. — Bei Beendigung der Rede Herriots klatschten die Abgeordneten der Linken stehend Beifall; der Ministerpräsident wurde, als er auf seinen Sitz zurückkehrte, von sämtlichen Ministern beglückwünscht.

• • •

Das Programm für Chequers.

Paris, 19. Juni. Das „Echo de Paris" berichtet, Herriot habe Macdonald über das Programm der bevorstehenden Beratungen befragen lassen. Gestern vormittag habe die Downingstreet erwidert, die Verhandlungen würden nur allgemeinen Charakter tragen, und es wäre nötig, Sachverständige zu bemühen. Das Blatt hebt hervor, daß Herriot gezwungen sein werde, zu erklären, in welchem Maße er dem Inhalt des Poincarebriefes vom 14. Mai zustimme. In diesem Brief sei die Annahme des Sachverständigenprogramms von 5 Bedingungen abhängig gemacht worden. Herriot müßte also erklären, ob der Ministerwechsel auch die allgemeinen politischen Linien verschoben habe.

• • •

Noch 1597 Deutsche in belgischen und französischen Kerkern.

Berlin, 19. Juni. Nach einer dieser Tage verbreiteten Meldung der Agence Havas sollten nur noch 58 Deutsche im besetzten Gebiet gefangen gehalten werden. Demgegenüber wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß sich in den Gefängnissen der französischen Zone immer noch 1457 und in denen der belgischen Zone 140, also zusammen 1597 Deutsche befinden.

•

Paris, 19. Juni. Nachdem die durch französische Kriegsgerichte im besetzten Gebiet verurteilten 45 Deutschen, die nach Gefängnissen in Frankreich, in der Hauptsache nach St. Martin de Re, gebracht worden waren, in Gefängnisse des besetzten Gebietes übergeführt worden sind, verbleibt kein Deutscher, der im besetzten Gebiet während des passiven Widerstandes oder nachher verurteilt worden ist, in Frankreich.

Stresemanns Optimismus.

Dessau, 19. Juni. In einer Versammlung der D. Vp. erklärte Dr. Stresemann, er zweifle nicht daran, daß die neuen Männer in Frankreich die bisherigen Methoden nicht fortzusetzen gedächten, betonte jedoch, daß die psychologische Wirkung der Amnestierung der Gefangenen nur dann in Deutschland eintreten könne, wenn die Amnestie ausnahmslos sei. Die Erklärung Herriots über die Räumung des Ruhrgebietes fasse er dahin auf, daß das Inkrafttreten aller mit dem Gutachten verbundenen Gesetze und der Beginn der deutschen Leistungen mit der Aufhebung der Besetzung Hand in Hand gehe. Wenn dazu die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Deutschlands komme, so werde das Tor zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wieder geöffnet und damit die Einheit des Reichs wieder hergestellt sein. Deutschland erhoffe von einer loyalen Durchführung des Gutachtens einige Jahre ruhiger Entwicklung, wenn auch bei angestrengtester Tätigkeit zur Hervorbringung der Leistungen.

•

Der Kampf gegen Stresemann.

Berlin, 19. Juni. Die letzte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ist, wie nachträglich von zuverlässiger Seite gemeldet wird, zum Teil sehr erregt verlaufen. Die Angriffe der Redner der Rechten auf den Außenminister Dr. Stresemann gipfelten insbesondere in dem Vorwurf, daß Stresemann, angefangen von der Einstellung des Ruhrkampfes bis zur letzten Veröffentlichung der Micumverträge, alles angenommen habe, was er 24 Stunden vorher noch als unannehmbar abgelehnt hätte. Interessant war auch, daß ein Zentrumsredner die außenpolitische Einstellung des Außenministers nicht vorsichtig nannte, weil Stresemann noch vor acht Tagen das Kabinett Herriot als eine Entlastung für Deutschland bezeichnet hatte.

England und Mexiko.

Paris, 19. Juni. Nach Londoner Meldungen steht der Abbruch der Beziehungen zwischen England und Mexiko unmittelbar bevor, nachdem der Ministerrat unter Vorsitz Macdonalds die von der mexikanischen Regierung erhobenen Anklagen gegen den englischen Geschäftsträger Cummins als unbegründet zurückgewiesen und Cummins den Auftrag gegeben hat, Mexiko zu verlassen.

•

Newyork, 19. Juni. „New York Herald" bringt die Meldung aus Mexiko, wonach 60 Japaner, die eine Kolonie in Mexiko anlegen wollten und sich zu diesem Zwecke mit einem Betrag von 50 000 Doll. versehen hatten, im letzten Augenblick von der mexikanischen Regierung abgewiesen worden sind.

SLUB
Wir führen Wissen.